

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 19 600, wöchentlich 5300, durch Post bezogen 20 000, bei Postbezug 20 000 M. (ohne Bestellgeld). Einzelne werksmäßig nachmittags, Einzelnummer 900 M. Sonntagsblätter 1200 M. Die Preise für Fernbezug, Postfracht, Porto 18 654. Geschäftsstelle: Dätelstraße 4. Für unbetretene Zustellungen wird f. Gebühr geteilt. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der halbbaltene Millimeter Zeitraum 600 M und der halbbaltene Millimeter Zeitraum 2400 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezieher auf seine Anzeigen bei deren Aufnahme mit 1500 M in Zahlung genommen. Abgabefrist 1800 M. Porto besonders. Alle Preise einschließlich. Anzeigenchluss vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderart. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Bahl

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 174.

Freitag, den 27. Juli 1923

163. Jahrgang.

Die Kommunisten hetzen.

Antifaschistentag trotz des Verbotes.

Berlin, 26. Juli. Trotz des Demonstrierensverbots für Preußen wie für die meisten übrigen Länder wird von linksradikaler Seite mit allen Mitteln weiter Propaganda für den Antifaschistentag getrieben. Wie das bisher in allen ähnlichen Fällen üblich war, lassen die Kommunisten jetzt die Betriebe, natürlich nur diejenigen mit kommunistischer Mehrheit, mit Entschlossenheit anmarschieren, die gegen das Verbot des Antifaschistentages protestieren, und trotz der Verordnung des Innenministeriums des Innern zur Teilnahme an den verbotenen Kundgebungen auffordern. An der Spitze dieser Entschlossenheiten marschieren heute in der Provinz der Bezirksbetriebsrat der Reichseisenbahndirektion Berlin, dessen Resolution mit dem Aufpruch schließt: Heraus zum Antifaschistentag! Für die Zerschlagung des Faschismus! Gegen den weißen Terror! Für die Befreiung der Arbeiterklasse!

Wie wir oben, beschäftigt man sich an zuständiger Stelle bereits mit dieser eigenmächtigen Handlung des Berliner Bezirksbetriebsrates und es ist damit zu rechnen, daß die für die Entschlossenheit Verantwortlichen für diese unerhörte Ueberschreitung ihrer Pflicht als Betriebsrat zur Rechenschaft gezogen werden. Auch in der Eisenbahnbetriebsverfassung Straalen wurde in einer Betriebsversammlung eine Entschlossenung angenommen, in der sich die Befehlshaber verpflichtet, zur konsequenten Durchführung des Kampfes gegen den Faschismus geschlossen an der am Sonntag stattfindenden, in Wirklichkeit verbotenen Kundgebung teilzunehmen und für diese propagandistisch zu wirken. Ähnliche Resolutionen liegen aus industriellen Betrieben mit stark kommunistischem Einschlag vor.

Aus leitenden kommunistischen Kreisen wird hierzu bejüngelt mitgeteilt, daß die K.P.D. ihre Demonstrationen am kommenden Sonntag unter allen Umständen durchführen werde.

Das Verbot des preussischen Ministers des Innern ist für die Partei, wie uns erklärt wird, vorläufig noch unvirklich, da Polizeipräsidenten Minister und die zuständigen Ratsmänner Organe die Demonstrationen in ihrem Amtsbezirk bisher nicht verboten haben. Da man aber mit einer solchen Entscheidung rechnen, findet nach heute eine Sitzung der Parteileitung mit den Groß-Berliner Betriebsleitungen statt, in der man sich über die Frage klar werden wird, in welcher Weise das Verbot, das zweifellos heute oder morgen zu erwarten ist, umgangen, werden kann. Man wird seitens der kommunistischen Partei in diesem Fall sich die verfügbaren Säle in Potsdam sichern und man hofft seitens der Eisenbahndirektion Entgegenkommen bei der Bekämpfung der Massen zu finden, die die K.P.D. glaubt auf die Beine bringen zu können. Sollte wider Erwarten auch diese Absicht nicht verwirklicht werden, so sollen im Laufe dieser Woche in den Berliner Betrieben selbst große Kundgebungen gegen den Faschismus stattfinden, die nach Ansicht der K.P.D. nicht verboten werden können, da Veranlassungen der Befehlshaber keine Kontrolle unterliegen. Nicht uninteressant aber ist die Mitteilung der K.P.D., daß sie auf jeden Fall für den Sonntag mit Selbstschutz in Potsdam erscheinen wird, da man in leitenden Kreisen der Ansicht ist, daß von rechtsstehender Seite ein Ueberfall auf die Demonstranten versucht werden wird.

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Donnerstagabendausgabe zu dem trotz des Verbots von den Kommunisten geplanten Antifaschistentag: Folle der Zeitung der K.P.D. sind zu verlangen, daß sie solche Stimmung unglücklicherweise für den Antifaschistentag zu treffen. Scherereien sind die, die eintritt zu fordern, daß keine politischen Aubegehore, sondern nur erste Maßnahmen zur Aufhebung der schlimmsten Not die Ursache in den Massen bannen kann. (!)

In preussischen Ministerium des Innern und im Berliner Polizeipräsidium fanden heute Besprechungen über die für den Antifaschistentag zu treffenden Schutzmaßnahmen statt. Es wurde beschlossen, mit aller Schärfe gegen etwaige Aufwiegler vorzugehen. Auf alle Fälle wird auch die Schutzpolizei in Alarmbereitschaft gehalten. Der Polizeipräsident wird morgen eine Warnung an die Bevölkerung veröffentlichen, sich

nicht zu unbedachten Handlungen hinziehen zu lassen. Angehörig der umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen liegt kein Grund zur Beunruhigung vor.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie gibt bekannt, daß er mit dem von der kommunistischen Partei auf den 29. Juli angelegten Antifaschistentag nichts zu tun hat. Er ist bei Anlegung des Tages auch gar nicht gefragt worden. Daraus ergibt sich, daß die Organisationsstellen in den Orten, in denen sie zur Teilnahme aufgefordert werden, die Teilnahme ablehnen und auch einzelne Genossen sich von der Veranstaltung fernhalten werden.

In der kommunistischen „Sozial-Arbeiterzeitung“ in Leipzig veröffentlicht der sog. 1. Der Ausschuss, der wegen der Vorbereitung gemeinsamer proletarischer Kundstreichungen gebildet ist, eine Kundgebung, worin zur Beteiligung an dem Antifaschistentag aufgerufen wird. Dieser Aufruf ist unterzeichnet von einem Sozialdemokraten, einem Kommunisten, einem unabhängigen Sozialisten und einem sog. freigeberischen Parteilofer. Wie seltsam sei, daß also gewisse Kreise der Leipziger Sozialdemokratie, am Sonntag den Kommunisten Helfershelferdienste leisten werden. Um die innere Geschlossenheit der Sozialdemokratie Leipzigs gegenüber dem Mostwinternum nicht deshalb zu verlieren.

Einer der Frankfurter Mörder verhaftet.

Frankfurt a. M., 26. Juni. Neue Verhaftungen haben in der Nachfolge des Staatsanwalts Dr. Haas im Laufe des heutigen Tages wertvolles Material ergeben. Von Wichtigkeit ist die Festnahme des Arbeiters Wilhelm Leib aus Hofheim i. Taunus auf dem Bahnhofs Friedberg, der sich dort verhielt, an der Ermordung seines erst edlichen Teils beteiligt zu haben. Er gab bei seiner Vernehmung durch die Polizei seine Teilnahme an dem blutigen Vorgange auch zu und wurde dann sofort nach Frankfurt übergeführt.

Die Vernehmung des Dr. Haas erfolgt Sonntag vormittag auf dem Saalstrichhofe und zwar auf Grund eines heutigen Majoritätsbeschlusses auf Kosten der Stadt. Während der Trauerfeierlichkeiten am 10 und 12 Uhr vormittags sollen die Beisetzungen geschlossen werden, so daß die ganze Beerdigung den Charakter einer allgemeinen Trauer tragen wird.

Frankfurt a. M., 27. Juli. Die Schutzpolizei mußte gestern am Schützenhof in der Bergerstraße eingreifen, wo sich auf die Nacht, daß dort die Arbeiter- und Militärvereine eine Versammlung abhielten, eine zahlreiche Menschenmenge angeammelt hatte und zwar mit der Absicht, die Versammlung zu forcieren. Die Versammlungsteilnehmer verließen auf Bitten des amtierenden Polizeikommandanten die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt war. Der Magistrat der Stadt forderte die Regierung und den Polizeipräsidenten auf, in gemeinsamen Besprechungen mit dem Magistrat die Frage der Verbesserung des Polizeisitzunges in der Stadt zu prüfen.

Französisch-belgische Einigung.

Paris, 27. Juli. Von offiziöser Seite wird bestätigt, daß die belgisch-französischen Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, und mit einer Einigung über den Anhalt der auf das englische Memorandum abzugebenden Antwort geendet haben. Diese Antwort werde in ganz kurzer Zeit in London überreicht werden. Nach wie vor wird von der Regierungspresse versichert, daß Frankreich und Belgien an eine Nennung des Ruhrgebietes erst dann herantreten könnten, wenn Deutschland genügend Zahlungen geleistet hätte, und daß vorher keinerlei Verhandlungen möglich wären, solange Deutschland den passiven Widerstand nicht aufgäbe.

Frankreichs Ziel: Kapitulation Deutschlands oder Zusammenbruch.

London, 27. Juli. Die französische Taktik wird von dem Pariser Berichterstatter der „Times“ als die in Paris herrschende Meinung bezeichnet. Für Deutschland ließe nur die Wahl Kapitulation oder Zusammenbruch. Wenn man die Frage betrachtet, was für Konzeptionen Frankreich machen könne, hinsichtlich der Methode der Kapitulation für den Fall, daß der deutsche Widerstand aufhöre, so sei der französische Standpunkt, daß man sich in einer im Voraus nicht zu bestimmenden Lage befinden würde. Jedoch im Hinblick auf das Ausbleiben einer belgischen Vermittlung sind die Erwartungen etwas gedrückt. Man wird durch Paris etwas unliebiam daran erinnert, daß Belgien in den wichtigsten Vorfragen, nämlich bezüglich des passiven

Das Verbot des Bürgerkrieges.

Die Reichsregierung hat sich, nach langem Zögern, zum Verbot des Antifaschistentages entschlossen. Der preussische Minister des Innern, Herr Zverwig, hat demnach die Bestimmungen unter freiem Himmel unterlegt und die „Akte Fahne“ hat sich ebenfalls gekümmert. Was hat nun die „Akte Fahne“? Sie ruft die gesamte Arbeiterkraft Deutschlands auf, sich nicht durch die bewaffneten Beamten der Faschisten angreifen zu lassen und Abwehrorganisationen zu bilden, und fordert zur Nichtbefolgung der Verordnungen der Reichsregierung und der preussischen Regierung auf! Revolution? Ja! Sie ist es so aus. Die „Akte Fahne“ hat sich im Laufe der vergangenen Monate ein beträchtliches Maß von Freiheit erworben können. Sie ist außerordentlich gut behandelt worden. Für sie existiert der Staatsgerichtshof nicht, Herr Nabel schreibt in der „Akte Fahne“ und Herr Nabel ist der Vertreter einer, man kann zwar nicht sagen, befreundeten, aber doch nicht deutsch-feindlichen Richtung.

Aber wenn wir auch die guten Beziehungen zu Zwerwig durchaus zu schätzen und zu würdigen wissen, wenn wir auch der Meinung sind, daß auf einem guten Verhältnis der durch den politischen Korridor von einander getrennten Staaten viel für die Zukunft Europas abhangt, so glauben wir doch, daß es nicht mindeswert ist, wenn Herr Nabel die geistige Führung des deutschen „Proletariats“ übernimmt. Wir halten Herr Nabel für sehr klug, für sehr gewitzig und sicherlich für sehr einflussreich. Wir müssen aber an seine Fähigkeit, die deutschen Arbeitermassen zu begeistern, zweifeln. Herr Nabel ist kein Deutscher, Herr Nabel ist ein Russe. Es ist nicht gut, wenn sich eine große Nation im Augenblicke der Gefahr von ausländischen Beamten auflösen läßt. Wir können uns nichts von der Erleichterung versprechen, die von Herrn Nabel kommen könnte. Denn wir sind überzeugt, daß für Herrn Nabel die russischen Interessen oberstes Gesetz sind und nicht die deutschen.

Wenn wir aber heute sehen, daß das von Herrn Nabel mindestens beeinflusste Blatt, die „Akte Fahne“, sich in innere deutsche Angelegenheiten mengt, offen zu in Widerstande gegen die Reichsregierung auftritt, so liegt darin ein Gefahr und zwar eine ernste Gefahr. Die nationale Pflicht, das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Schicksal der Nation fordert Einheitlichkeit des Wandels. Daß die Not groß, und die Entbehrungen der Massen bitter sind, braucht nicht gesagt zu werden. Auch mag zugegeben werden, daß die gegenwärtige Regierung mande Gelegenheiten zur Initiative verpaßt hat. Aber dennoch können wir nicht glauben, daß nun gerade Herr Nabel den Stein der Weisen gefunden hat.

Die „Akte Fahne“ ruft, bei Tage befehen, zum Bürgerkrieg auf. Das muß das deutsche politische Bewußtsein auf das schwerste erschüttern, muß den Franzosen die Möglichkeit zum Einbruch geben und muß das fernende englische Vertrauen in die politische Zuverlässigkeit Deutschlands vernichten. Das Ende wäre das Chaos, wäre die Vernichtung des Deutschen Reiches.

Darum sind wir der Meinung, daß es heute gilt, den Dingen ins Auge zu sehen, daß wir alleamt die Verpflichtung haben, den Umsturz zu verhindern. Heute muß ich erweisen, daß sich ein Umsturz von 1918 nicht mehr wiederholen läßt, daß das Bewußtsein des Staates fester steht, als damals. Denn wir haben heute Niederlage hinter uns, wir sind auf dem Wege zum Erfolge. Reflektieren wir jetzt die Schuld, halten wir heute den Bruderarm für den Gemeinpolitischen Einsicht, dann lohnt es sich nicht mehr, von einem deutschen Volke zu sprechen. Dann wird es aus der Gemeinlichkeit der großen Völker getrieben werden.

Es muß dies ausgesprochen werden, obwohl die Gefahr sofort gebannt werden könnte, wenn man ihr mit den rechten Mitteln begegnet. Die Regierung hat das Werk in der Hand, sie hat die guten Kräfte der Nation hinter sich, trotz aller Unterlassungsgefühlen. Aber dazu muß sie handeln können. Mit Verboten allein läßt sich ein großes Volk nicht führen. Sie muß heute zeigen, was sie will. Niemand wird begreifen, warum die Regierung nicht handeln kann, wenn der Reichstag auch in die Ferien gegangen ist. Sie besitzt diktatorische Befugnisse, warum soll sie diese nicht benutzen. Da sie der Nation und nicht dem Reichstage für das deutsche Schicksal verantwortlich ist.

Widerstandes und der Kapitulation des Ruhrgebietes durch weitere belgisch-französische Annahmen gebunden sei und trotz des dringenden Bedürfnisses Belgiens nach baldigem Frieden könne es davon nicht loskommen. Größere Freiheit hat Belgien dagegen nach gewissen Meinungen gegenüber den „Rechten“ fasslichen Reparationsfragen. Inzwischen verläßt sich durch die Berichte aus Brüssel auf Frankfurt die Beurteilung einseitiger Kreise, ohne daß jedoch die öffentliche Meinung Englands in der gesamten Angelegenheit sehr tief erregt wäre.

Die Sicherung Frankreichs.

Paris, 27. Juli. Das gestern früh der Presse mitgeteilte Vorhaben Englands, in jeder Weise an der militärischen Sicherung Frankreichs mitzuwirken, nicht in hiesigen Kreisen auf feinerer Ebene. Ein Sicherheitsabkommen, erklärt der „Temps“, müsse auf Gegenseitigkeit beruhen und zwar besteht das Wort darunter nicht weniger als ein mit England abgeschlossenes Bündnis, das auf dem Gebiete der Luftfahrt zum Schutze der beiden Hauptstaaten sowie auf maritimem Gebiet zur Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen London und Paris und den überseeischen Besitzungen der beiden Länder abgeschlossen werden müßte. Die militärische Sicherung des französischen Bodens gegen das Deutsche Reich wäre dem „Temps“ zufolge leicht zu erzielen, wenn England es über sich brachte, Deutschland nicht in seiner Feindseligkeit gegen Frankreich zu bestärken. Sie aus den Gedanken des Reiches abzulenken zu entnehmen, ist nicht die Regelung des Reparationsproblems automatisch die Lösung der Sicherung nach sich. Sie werde aber Frankreich, um die Erfüllung der Sicherungsfrage zu erleichtern, in finanzielle Opfer auf Kosten seiner Reparationen einwilligen.

Eine italienische Note.

Paris, 27. Juli. Der italienische Vizekonsul hat gestern Polnare eine italienische Note übergeben, worin erklärt wird, daß die Hauptfrage bei der interalliierten Aussprache die Annulierung der interalliierten Schulden sei.

Lebenslängliche Zwangsarbeit.

Morges, 26. Juli. Das belgische Kriegsgericht verhandelte in der Berufungsinstanz gegen vier Deutsche und zwar den Grafen Keller, Ludwig Schulze, Eugen Ringenberger und Kurt Vorbeer, von denen die drei ersten wegen Sabotageversuchs zum Tode, Vorbeer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden waren. In der Verhandlung wurde das Urteil gegen die drei ersten in lebenslängliche Zwangsarbeit und gegen Vorbeer in 20jährige Zwangsarbeit umgewandelt.

Genferischen, 27. Juli. General Deputate hat Monsignore Testa, der sich namens des Papstes um Begnadigung des in Mainz zum Tode verurteilten Georges bemühte, mitgeteilt, daß dem Genesengenen stattgegeben worden sei.

Vom Weidener Kriegsgericht wurde der Student und Oberleutnant v. M. K. A. u. S. der vor mehreren Wochen aus dem Buchhaus entwichen war, in Abwesenheit wegen Spionage zu Tode verurteilt.

Weitere Befehle in Sicht.

Paris, 27. Juli. Die „Humanité“ schreibt, in den nächsten Tagen würden die Städte Weilburg, Braunfeld und Willenburg sowie ein Bergwerk in der Nähe von Siegen besetzt werden.

Aus Lublitz, Gersdorf, und Hagen wird gemeldet, daß die Wehrkraft der dortigen Arbeiter festsetzt und unbefestigt Gebiet aufgehoben ist. Wie der „Frankf. Ztg.“ mitgeteilt wird, ist die Grenze aber nur tagsüber geöffnet. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist sie gesperrt.

Rundgebungen im Ruhrgebiet verboten.

Die französische und belgische Besatzungsbehörden hat heute Rundgebungen verboten und erklärt, alle Annehmungen würden unter allen Umständen verweigert werden.

Kein Zusammenarbeiten der deutschen und französischen Polizei im Ruhrgebiet.

Genferischen, 27. Juli. Wasas verbreitete durch die Pariser Blätter die Behauptung, der Oberbürgermeister von Genferische in der Verhandlung Sachthe in der Wahnhofstraße eingeworfen habe, an die Franzosen ausgeliefert und die deutsche Polizei hierfür täglich ein neuer Auftrag, an die Franzosen die Verhaftung, hierin sei ein Zusammenarbeiten zwischen den Besatzungsgruppen und den Ortsbehörden zu erblicken. Demgegenüber ist festzuhalten, daß die tatsächlichen Mitteilungen von Wasas falsch sind. Weber ist der Mann, der die Genferische einfließen, den Franzosen ausgeliefert, noch kein Name von Franzosen genannt worden, noch gehen den Franzosen Vorgebehalte zu.

Die Aushungerung des Ruhrgebiets.

Dresden, 26. Juli. Der Kölner „Times“-Vertreter meldet aus Essen: Die Lebensmittel in Ruhrgebiet ist äußerst schlecht. Von allen Grenzstationen wird gemeldet, daß sie von Wagen mit Lebensmitteln blockiert sind, die die Franzosen nicht auf den Schienenwege verteilbar lassen wollen, da sie auf der Verhinderung von Frachtpöbeln an die Regie bestehen, die die Deutschen verweigern. Aber selbst, wenn sie das nicht täten, wäre die Regie in ihrer heutigen Verfassung dieser Arbeit nicht gewachsen. Dazu kommt die Geldknappheit als Folge des Umstandes, daß die Franzosen Geld wegnehmen, wo sie es nur finden können.

Nachteilig meldet Remold dem „Chronik“ aus Essen. Entgegen dem englischen Grammatiker der französischen Propagandafabrik in Düsseldorf betont er das Eine, was er seit seinem letzten Besuche im Ruhrgebiet völlig unverändert gefunden habe, sei die Engherzigkeit der Bevölkerung, ihren Widerstand gegen den französischen Militarismus fortzusetzen. Hierin habe er nützlich die geringsten Anzeichen von Wandelmut entdeckt. Eines der den Franzosen durch all ihre Maßnahmen allerdings prächtig gelungen, nämlich die Lebensmittelversorgung auf schwerste zu gestalten mit dem Ergebnis, daß die Bevölkerung anfangs, tatsächlich Hunger zu leiden. Nach Remold betont die völlige Unfähigkeit der Regie, den Verkehr zu bewältigen. Die Konfusion auf den wichtigsten Stationen sei erstaunlich. Er schließt bedauernd: Nichts deutet darauf hin, daß der passiv Widerstand nachlasse, aber vieles darauf, daß, wenn die Dinge bis zu einem geringeren Ende forciert würden, es in der Tat ein sehr geringes Ende sein werde.

Verhaftungen zur Flucht Ehrhardts.

Wegen Verbands, ist Flucht Ehrhardts begünstigt zu haben, sind in den letzten Tagen zehn Verhaftungen von der Kriminalpolizei vorgenommen worden. Die Verhaftungen leit Reichsgerichtsrat Neumann als Ankläger und Landgerichtsrat Dr. Richter fungiert als Untersuchungsrichter.

Die Maßnahmen, die zur Verhinderung einer Flucht bei der Prinzessin von Hohenzollern ergriffen wurden, scheinen übrigens Schule gemacht zu haben. Wie wir erfahren, sind neulich sechs Männer, die in der Ehrhardtfrage in Haft kamen, vom Leipziger Volksgericht in der Wächterstraße im Gefangenenauto mit verbundenen Augen nach dem Untersuchungsgefängnis in der Eisenstraße gebracht worden.

Weiter erfahren wir, daß der Untersuchungsgefängnis Hochdach vollständige Straffangsleistung tragen muß. Er hat selbst ein Straffangsleistung anlegen müssen. Das Schreiben ist ihm nur unter Bewachung erlaubt.

Aus Stadt und Umgebung Die Gewerbesteuer den Gemeinden!

Der im preussischen Finanzministerium bearbeitete Entwurf des neuen preussischen Gewerbesteuergesetzes ist dem Staatsoberhaupt übergeben worden. Nach diesem Entwurf verbleibt der Staat auf sein ihm nach dem Finanzausgleichsgesetz gebührendes Recht, die Gewerbesteuer für sich zu erheben, mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Gemeinden und überläßt den Gemeinden das Gesamtansehen aus der Befreiung der gewerblichen Betriebe. Gleichzeitig aber bezieht der Entwurf die den Gemeinden bisher zugehörige Befugnis zu dem Abschluß eigener Gewerbeverordnungen und damit die Angelegenheit der Gewerbesteuer, die in der Vergangenheit unangenehm für die Gemeinden war, besonders in der Gewerbeverordnungen. Für die Verwirklichung örtlicher Gewerbeverordnungen bleibt dem Gewerbesteuerfrei.

Der Kreis der steuerpflichtigen Betriebe ist im wesentlichen unverändert geblieben. Staatliche und kommunale Gewerbebetriebe sind allgemein der Befreiung unterworfen worden. Dieser Grundhalt soll auch auf die Wirtschaftsbetriebe Anwendung finden, soweit nicht rechtskräftig Vorstrafen noch entgegenstehen.

Die Gewerbesteuer wird bemessen nach dem Ertrag und der Lohnsumme; an Stelle der Befreiung nach der Lohnsumme kann auf Beschäftigung der Bevölkerung nach dem Gewerbestapital treten. Gewerbeertrag und Gewerbestapital werden nach den Bestimmungen der Wirtschaftsgesetze festgesetzt mit den Abweichungen, die dadurch bedingt sind, daß die Gewerbesteuer eine Objektsteuer ist. So werden hinzugezogen die Zinsen für das eigene oder fremde Anlage- und Betriebskapital und für Schulden, die bebaut Anlage oder Erweiterung des Betriebs, Verpfändung des Betriebskapitals oder sonstiger Beschäftigung aufgenommen werden. Der Einführung des Befreiungsmerkmals der Lohnsumme liegt der Gedanke zugrunde, daß wenn einer Gemeinde durch Gewerbebetriebe, namentlich großindustrielle Art, besondere Kosten auf dem Gebiete des Schulds, Armen- und Polizeiwesens entstehen, die gewerblichen Unternehmern diese Kosten zum Teil ohne Rücksicht auf Ertrag und Gewerbestapital tragen sollen. An Stelle der vielfach durch Gewerbeverordnungen eingeführten Objektsteuer ist die Lohnsummensteuer gewählt worden, da diese sich am besten der jeweiligen Geldentwertung anpaßt. Die kleineren Betriebe und das Handwerk werden durch die Einführung der Lohnsummensteuer entlastet, während die großen Betriebe und der Bergbau durch die Erhöhung der Lohnsummensteuer belastet werden. Die Veranschlagung der Gewerbesteuer soll durch staatliche Gewerbesteuerausschüsse erfolgen, die bei den Finanzämtern, unter Umständen auch bei den Gemeinden und Kreisen, gebildet werden. Die Vorarbeiten werden von den beteiligten Ämtern gemacht, die Mitglieder teilweise von den Kreis- und Gemeindevorständen gewählt, teilweise von den Staatsbehörden ernannt. Auf Grund der staatlichen Veranschlagung erheben die Gemeinden von den Steuergrundbeträgen Hundertsätze (Zuschläge), die regelmäßig für die Steuergrundbeträge nach der Lohnsumme bzw. nach dem Kapital als gleichmäßig zu bemessende Steuern im Ertrag. Eine verschiedene Abstufung der Zuschläge in bezug auf Kleinbetriebe und von Betrieben der Schandwirtschaft, Landwirtschaft usw., die bisher der besonderen Betriebssteuer unterliegen. Zuschlagssätze, die 200 v. H. übersteigen oder die eine verschiedene Abstufung vorsehen, bedürfen der Genehmigung.

Die auf Grund der vorläufigen Veranschlagung zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 erfolgenden Zahlungen gelten als Vorauszahlungen und werden auf die nach der endgültig vorzunehmenden Veranschlagung zu zahlenden Beträge angerechnet.

Amzugs-Verbot.

Im Anzeigenteil der heutigen Nummer befindet sich das bekannte Verbot des preussischen Innenministers für den kommenden Sonntag, veröffentlicht von der hiesigen Polizeiverwaltung.

Charakteristisches der Großhandelspreise.

Die erneute starke Aufwärtsbewegung des Dollarkurses hat die Großhandelspreise um weitere 38 pCt. auf den 79.462fache der Vorkriegszeit gesteigert. Die Einfuhrwaren aller Art sind um 60 pCt., auf den 115.888fache die hauptsächlich in Zahlung genutzten Waren um 83 pCt., auf den 72.917fache, gestiegen. Die Lebensmittel haben im Durchschnitt auf dem 71.597fachen, die Industriepreise auf dem 94.166fachen der Vorkriegszeit. In dem gleichen Zeitraum von 17. auf den 24. Juli ist der Dollarkurs von 218.000 M. auf 414.000 M. also um 90 pCt., gestiegen. Damit ist das Verhältnis der Großhandelspreise von dem ungenüchlich hohen Stand von 111 pCt. am 17. Juli auf 81 pCt. am 24. Juli gesunken.

Lohnverhandlungen im Bergbau und neue Kohlenpreise.

Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften haben für die großen Stein- und Braunkohlegebiete des besetzten und unbesetzten Deutschlands im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung getroffen, wonach für die Zeit vom 23. Juli bis 2. August auf die Höhe, wie sie bis zum 27. Juli galten, außer einer bereits früher gewährten Erhöhung um 30 v. H. gehoben werden sollen. Der Stundenlohn eines Handwerkers im mitteldeutschen Braunkohlebergbau beträgt demnach in der Zeit vom 23. Juli bis 2. August einschließlich des Hausstands- und Kindergebühres etwa 20.000 Mark. Die Verhandlungen über die Einführung verhöflicherer Löhne werden für den gesamten Kohlenbergbau am Dienstag, dem 31. Juli fortgesetzt werden. Die Kohlenpreise werden sich mit Wirkung vom 27. Juli ab gegenüber den bisherigen Preisen um circa 53 v. H. erhöhen.

Gartenbauzeit beim Sportverein 99

Das Wetter war ja wenig einladend zu einem Gartenkonzert am geitigen Abend, aber obwohl der schöne, nach einem heißen Tag erfrischende Sommerabend fehlte, war doch eine stattliche Musikerver- und Hörerzahl bei der Einladung erschienen und wurde durch ein prächtiges Programm des Dirigenten erfüllt. Die acht Mann starke Kapelle unserer beliebigen bewährten Beamtenorchesters bot in ihrer vielseitigen Abwechslung wieder recht Gutes, sei es nun, daß sie im Fortschritt der Schätze der Oper ihre bewährten Führer Hofmann und Wintermann bei der Spitze führte; immer war der Vortrag überaus und erfrischend, so daß man sich zu mancherlei Zusätzen entschließen mußte. Eine Streichorchester Solonade führte über den Sportplatz unter Beirat der richtigen Bläser, während der Wind in voller, lichter Gestalt auf den buntenbewegten Zug lächelnd hernieder schaute.

Die Verhandlungen zwischen den Krankenkassen und Ärzte.

Wie der amtliche Berufsbeamtetenrat mitteilt, konnten die Einigungsverhandlungen zwischen den Krankenkassen und Ärzten auch am Donnerstag nicht zu Ende geführt werden, da die Krankenkassen erklärten, die Forderungen der Ärzte zunächst ihren Verwaltungsräten zur Beschlußfassung vorlegen zu müssen. Beide Parteien einigten sich dahin, daß am Sonntagvormittag die Verhandlungen im Wohlfahrtsministerium fortgesetzt werden sollten.

Die Anstellung mit Versorgungsanschein.

Für die Anstellung der Inhaber eines Versorgungsanscheins sind gerade vor einem Jahr Grundzüge angefertigt worden. Jetzt hat der Reichsminister des Innern eine allgemeine Ausführungsanweisung dazu erlassen. Die verschiedenen Versorgungsanscheine sind gleichwertig. Der Schein gewährt keine Anwartschaft auf eine bestimmte Stelle. Die Grundzüge regeln nur die Anstellung der Beamtenstellen, nicht aber die als Angestellter oder Vorkandidat einmündig der Lehrer an öffentlichen Schulen. Ein Versorgungsanschein ist von dem Bewerber schriftlich abzugeben. Außerdem planmäßig angelegte Anwärter müssen der vorgesehene Stelle Mitteilung machen, wenn sie sich um eine andere Stelle bewerben wollen. Beamtenstellen dürfen nur verlangt werden, wenn besondere persönliche, fachliche, technische oder laudatorische Kenntnisse notwendig sind. Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Stützgröße gilt nicht als Sachkenntnis. Ueber den Rang der verschiedenen Scheinarten werden ausführliche Beispiele angeführt.

Die Biersteuererhöhung am 1. August.

Das neue Biersteuergesetz tritt bekanntlich am 1. August 1923 in Kraft. Seine Steuererläge sind jedoch durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen vermindert worden und betragen für einen Hektoliter Vollbier 20.500 M. 25.000 Mark. Von dem Bier, das sich am 1. August außerhalb der Brauereien im Besitz von Brauereien und Zechen befindet, ist eine Nachsteuer zu entrichten, die für Einfuhrbier 10.479 Mark, für Schanzbier 15.718 Mark, für Vollbier 20.958 Mark für 1 Hektoliter beträgt. adreueierter sind Bierordrate von nicht mehr als 2 Hektoliter. Abgebundene Getränke werden hierauf nicht angerechnet. Alle Biersteuern sind bis zum 6. August dem Zollamt anzumelden.

Die Salina in der Sozialversicherung.

Infolge der Währungsverflechtung erweiterten Bestimmungen des Reichsarbeitsministers die Versicherungsregeln für Betriebsbeamte und Angestellte der Angestelltenversicherung ab 30. Juli d. J. Die Grundbühnenhöchstgrenze in der Krankenversicherung steigt ab 30. Juli bei einem Tagesverdienst von 120.000 Mark und ab 13. August bei einem Verdienst von 180.000 Mark. Ab 1. August werden die Zulagen in der Unfallversicherung um 10 v. H. erhöht und die Gemeinden ermächtigt, die gegen früher trat erhöhten Zulagen der Sozialrentenunterstützung um 75 v. H. zu ergänzen. Außerdem zählt die Post am 1. August ohne weiteres den Renteneinküßern der Angestelltenversicherung die neue Zulagenzulagen von 30.000 Mark und die Zulagen der Unfallversicherung um 10 v. H. erhöht. In der Unfallversicherung zahlen die im August den dritten Teil dieser Zulagen, weil in ihr die neuen Beträge erst ab 20. August laufen. Ab 1. September wird aber auch für die Zulagenzulagen die Unfallversicherung der Angestelltenversicherung gleichgestellt.

Aus alter Zeit.

Wahlstein, 27. Juli. Ueber die Geschichte unseres Ortes wird in einer Urkunde des Erzbischofs Wichmann aus dem Jahre 1191 Geme oder Leuenow zum ersten Male als Zubehör des Erzstifts Magdeburg erwähnt. 1456 kam es pfandweise, 1444 erbg. und eigentümlich an das Bistum Merseburg. Seinen jetzigen Namen erhielt es zum erstenmal in der Urkunde des Bischofs von Merseburg, der am Schutze der Herrschaft genossen erbaute Burg. Dem Stammstamme der Herren von Leuenow. Nach der Sage soll die alte Burg auf dem Walle im Wallbisse gestanden haben und für die Hartzerigkeit des Bürgerherren in die Erde versunken sein und nur in jedem lebendigen Jahre in der Johannisnacht zwischen 12 und 13 Uhr wieder zu Tage vorkommen. Die Burg wurde im Jahre 1687 wieder herstellt, den Turm dagegen niederrücken ließ. Die Wälle und Abministrationen von Merseburg nahmen das Stammesgut Burg/Leuenow bald in eigene Verwaltung, bald waren sie es während aus von letzteren werden genannt 1583 Paul Thumig, 1591 die von Trotha auf Stopan, 1593 der Stämmesmeister Karl Dittel, 1628 Hauptmann Nicol von Wob, der 250 Gulden entrichtete. 1640 stellt die Eintracht mit der Begründung: da das Furzeberg über und nicht gelegen. Der Ort gehörte dem Rittergut Wob, seit 1760 waren die Sägen im Weize der Familie Schwarzburg.

Der 29. Juli in Halle.

H. Halle, 29. Juli. Trotz des Umzugs- und Verbotens sind die Kommunisten im hiesigen Bezirke ihre Massen demonstrations gegen den Faschismus nicht aufgeben zu wollen. Die Parteileitung gibt heute die Zeiten des Sammelns und des Abmarsches der Genossen aus der Umgebung von Halle und bekannt, was aus zu schließen ist, daß die Genossen der Umzug in Halle zusammengekommen werden. Wenn auch die Demonstrationen in geschlossenen Mannern abgehalten werden, so liegt immer die Gefahr vor, daß nach den Verhaftungen nicht alles so ruhig verlaufen wird. Von bürgerlicher Seite ist noch nichts bekannt geworden, ob auch sie in geschlossener Veranlassung ihre Kundgebung gegen den Kommunismus abhalten werden. Die Sozialdemokratische Parteileitung fordert ihre Anhänger auf, sich nicht an den kommunistischen Demonstrationen zu beteiligen.

Von der Gartenzeit.

Wahlstein, 28. Juli. Die Gartenzeit läßt in diesem Jahre zu wünschen übrig. Bei der vorausgegangenem Kälte sind die fortzubehalten Pflanzen nicht so gut gedeihen. Die meisten aufgegebenen, die vorhandenen Pflanzen begannen

Sidi Marik.

Roman von L. von Bogelsberg.

Amerikanisches Copyright 1929
by Carl Duncker, Berlin
Nachdruck verboten.

(9)
Eine Stunde später lag alles, was unter den Beni Humajun stimmig war, in dem großen Zelt des Schechs. Obgleich Sidi Marik eine höchst selbstbewußte Wiene annahm, so konnte er doch nicht umhin, sich in diesem Kreise ein wenig als Angestellter zu fühlen, zumal er doch nicht in den landesüblichen Burnus zurückgezogen war, sondern mit einer gewissen Stolzhaftigkeit in seinem idiosyncratischen graugelben Anzug und dem hohen beigefarbenen Hüftgürtel dahar. Er war also zunächst immer noch Sidi Marik. Bevor er in die erlauchte Versammlung trat, hatte er ein tüchtiges Frühstück zu sich genommen, weil er wußte, daß sich die Darstellerinnen unter Umständen bis zum Abend hinhängen konnten. Wachten sich die Herren jezt die Sonne durch den hohen Mageri scheinen lassen, sein Frühstück aus Datteln, Milch, Eiern und Durrahbrot konnte bis zum Abend verhalten. Die Begrüßung des Delatanten war von verschiedener Herlichkeit, sie war aufrichtig. Jüge von Eiferjucht, die sich auf Vel besogen haben könnten, waren nicht zu bemerken. Schech Mohammed sah auf der einen Schmalseite des länglichen Kreises von zwölf Männern, die gewissermaßen den Gemeinderat bildeten. Aber er sah nicht höher als alle anderen und nichts deutete auf eine Ausnahmestellung hin. Neben ihm saß Saib Ibrahim und daran schlossen sich die übrigen, lauter bekannte Gesichter für Sidi Marik. Sidi Marik begann um in großen Zügen eine Uebersicht seiner zweifährigen Reise zu geben und er merkte, mit welcher glühenden Interesse das Auditorium trotz aller äußerlichen Zurückhaltung den Schilderungen folgte. Und die Anteilnahme wurde noch stärker als Sidi Marik mit flüger Diplomatie stäcker reich ließ. Und an diesen stäcker knüpfte er an, um sich den Velt rethymisch zu machen.

„Ihr trinkt die Bohnen, o Freund, und dankt dabei dem Allahbarberigen, der sie euch schickt. Und bedenkt nicht, daß ihr nicht würdig seid, sie zu trinken. Denn diese Bohnen konnte ich nur zu euch bringen, weil Freide ringsum war. Entbehrt ihr sie nicht oft wochen, ja monatelang? Und warum? Weil Krieg herrscht. Und wer macht den Krieg?

die Menschen. Und aus welchem Grunde? Das weiß Allah allein, denn er ist allwissend. Würde er aber nicht ein Narr sein, der hinginge und schneite seinem guten und schönen Kamel den Hals ab? Nur der Feind! — sein Name sei verflucht! — würde ich darüber freuen. Ihr wollt Kaffee trinken. Wäre es Kug, wenn ihr ihn selbst hingehen wolltet, so euch zu kommen, indem ihr eure Waghäner euch zu Feinden macht? Darum habe ich gestern an euren Kaffee gedacht und die Kugel Saib Ibrahim in den Lauf zurückgeschossen. Es ist kein Blut geflossen, das gerächt werden müßte. Die Beni Humajun sind großmütig gewesen und Allah wird mit ihnen sein. Der Kaffee kann ungefährdet zu ihren Feuern gelangen.“ Eine tief bedeutungsvolle Pause folgte diesen Worten: Sidi Marik meinte förmlich die Gedankenzügel in den braunen Köpfen schmoren zu hören. Und nach einer Weile hob Schech Mohammed das langbärtige Haupt und sagte gelassen:

„Allah hat dich erleuchtet, o Freund. Es ist kein Blut geflossen und die braunen Bohnen werden die Herzen der Beni Humajun erweichen. Das denke ich. Doch, was sagen die Männer des Stammes dazu?“

„Gut, gut.“ kam es gemessen und feierlich, hier und da auch ein wenig härtiger aus den Kehlen des Gemeinderates. Und einer warf dazwischen:

„Die Beni Harf sind Hunde — möge sie der Gerechte verfluchen am jüngsten Tag. Aber werden sie ihr Wort halten?“

„Dann haben wir immer noch Zeit, Blut zu vergießen,“ meinte Sidi Marik gleichmütig. Der Schech nickte beifällig.

„Du bist erleuchtet, o Freund, ich wiederhole es. Ich bin alt geworden und mein Haar weiß wie der Schnee auf den Bergen gen Witternacht. Aber ich werde keinen Mai gerne hören, solange mir Allah — er sei gewislich! — das Leben schenkt.“ Der Kaffee war offenbar zu Ende und da sonst nichts mehr zu verhandeln war, erhob sich die Gemeinde und verließ mit höflichem Salama das Haus. Der Schech, sein Sohn und Sidi Marik blieben indes im Kreise sitzen und der Arabojahar nebenan begann aus neu die Bohnen zu zerreiben.

„Allah verachtet die Schwäger und die neugierigen Krager.“ ließ sich der Schech nach einer Weile vernehmen. „Ist es aber verboten, die Junge eines Mannes zu lösen, der reben will? Ich weiß es, o Freund, du hast mir noch Worte zu sagen, die nicht für mehr als sechs Ehren bestimmt sind.“

„Ich habe,“ sagte Sidi Marik, ohne von der Menschenkenntnis des Schechs überzeugt zu sein. „Sie sind wohl auch für mehr Ehren bestimmt, aber das magst du entscheiden, o Schech. Und ich will klare Worte zu dir reden: doch zuerst beantworte mir eine Frage: warum fähren die Bekenner des Propheten Krieg? Die magere schöne Hand des Alten glitt gedankenvoll über den weißen Bart. „Gottes Reichthümer sind mir verborgen, doch habe ich auch an mich schon oft diese Frage getan. Doch frage ich dich: warum fähren die Christen Krieg miteinander, voll Mobeit und Gemeinheit, und wollen doch besser sein als wir?“ — Sidi Marik kannte diese fatalen Wendungen, gegen die er keinen Einwand hatte und die er fürchtete. So wiederholte er einfach die Frage des Alten und der Schech war damit auch völlig zufrieden. „Warum fähren die Menschen überhaupt Krieg?“ philosophierte er. Aber Sidi Marik wollte nicht mit ihm ins Uferlose gehen.

„Kaffen wir die Christen tiegen. Ehen wir mehr auf die Gefahr, die diesem Lande droht.“ Der Schech machte eine überflüssige Wendung, Sidi Marik nickte.

„Diesem Lande. Über hast du nie nach Norden gesehen?“ Saib Ibrahim hob rasch die Hand und ließ sie ebenso schnell wieder fallen.

„Die Adengi (Weißen) — Gott verfluche sie!“

„Was sollen sie uns?“ war der Schech ein und es war als zuckte ein leichtes spöttisches Lächeln um seine Mundwinkel.

„Sie sind weit und Allah ist gegen sie. Und so oft sie mit den Beni Humajun zusammenstößen, sind sie unterlegen.“

„Waher!“ sagte Sidi Marik ernst. „Aber was will der einzelne Stamm auf die Dauer gegen dieses mächtige Volk? Werden sie euch nicht leicht übermächtigen, wenn ihr knechtig seid?“ Er zog den Lorbeerhut und legte ihn offen in die Mitte. Der Schech griff rückwärts nach seinem Fichthal und flopte ihn hinüber, während sich Saib Ibrahim nachdenklich eine Zigarette drehte. Auch Sidi Marik stopfte die Pfeife. Unter tiefem Schwärzen rauchten sie zu Ende, dann erhob sich der Schech und gab damit das Zeichen zum endgültigen Zersch der Beratung.

„Möge Allah mich bald erleuchten, o Freund, denn deine Gedanken haben meinen Kopf müde gemacht. Ich werde noch einmal Worte wechseln.“

(Fortf. folgt.)

Was sind Nestles Dauerwellen?

Ein Verfahren, um glattes Haar des Kopfes auf unschädliche Weise durch Dampfbehandlung in dauernd naturwelliges zu verwandeln und so ein ideales Frisieren des Haares zu ermöglichen. In Halle a. S. werden Behandlungen nach diesem Originalverfahren bei **Segner & Langrock, Halle a. S., Große Ulrichstraße 6-8, I. Etage, w. F. Wollmer,** ausgeführt. — Interessenten können nicht, dort die sachgemäße Anskunft über Nestles Dauerwellen einzuholen. — Zwanglose Besichtigung gern gestattet.

Umzugs-Verbot.

Auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung werden hierdurch alle Versammlungen unter jedem Namen einschließlich aller Umzüge wegen mittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit für das Gebiet des Freistaates Preußen bis auf weiteres verboten. Die Überprüfungen sind ermächtigt, im Falle ganz besonderer Sachlage Ausnahmen zuzulassen, wenn sie nicht nur unbedenklich, sondern auch im Allgemeininteresse wünschenswert sind.
Berlin N.W. 7, den 24. Juli 1923.

Der Junieminister.

Veröffentlichung:
Merseburg, den 27. Juli 1923.

Polizei-Verwaltung.

**Schokoladen
Zuckerwaren etc.**
kaufen Wiederverkäufer am billigsten bei **Willy Voigt, Bachran & Co., Halle a. S., Markt 6, gegenüber der Börse. — Telefon 4736.**

Motore, fabriken mit Typenbescheinigung

1,5 P.S., komplett, zum Einbau auch in Fahrräder, sofort preiswert zu verkaufen.
**Alleinvertrieb M. F. B.
Julius Schwarz,
Halle, Advokatenweg 2. — Tel. 5511.**

Grosse Auswahl Sohlen - Leder - Ausschnitt

Lederhandlung Halle, Brüderstr. 13.

Alter Herr sucht in gut bürgerlichem Hause baldigst **möbliertes Zimmer.** Wäsche wird gestellt. Off. u. Fr. Exp. d. Bl. erbeten.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 29. Juli 1923 (9. u. n. Trinität).
Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr: Pastor Heinemann.
Jungfrauen-Verein & Vaterl. Frauen-Vereine (Seyffertstraße 1).
Sonntag, abends 7.30 Uhr: Versammlung. Christl. Verein junger Männer (Seyffertstr. 1) Versammlung Sonntags und Dienstags, abends 8 Uhr.

Landestirchliche Gemeinschaft
Versammlungsortal: „Herberge zur Heimat“. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelgesprächsstunde. Volksbibliothek: Öffnet Sonntags von 11.30 bis 12.30 mittags.

Sabb. Vorm. 10 Uhr: Pastor Angermann. Gesang. Männer- und Jugendverein. Sonntags, abends 8 Uhr: Versammlung an der Geißel 5. Pastor Angermann. Donnerstags, abds. 8 Uhr: Bibelstunde. Pastor Angermann. 9-10 Uhr: Spielabend.

Evang. Mädchenbund St. Magini.
Dienstag Abend: Choigeleitung fällt aus. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Versammlung an der Geißel 5. — Pastor Angermann.

Evang. Frauenhilfe St. Magini.
Donnerstag, nachm. 4 Uhr: Besprechung 18. Bei Wei. Welter. — Vortrag: Pastor Angermann.
Aktionsburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Krugenstein.
Menschen. Vorm. 8 Uhr: Pastor Krugenstein.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Friederich.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Madchenverein St. Thomae im Pfarrhaus.

Christliche Versammlung, Nauckstraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: Evang.-Vortrag. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Evangelische Kirchengemeinde Köffen.
Sonntag, den 29. Juli 1923 (9. u. n. Trinität).
Vorm. 10 Uhr: Pastor Jengsch.

Katholische Gemeinde.
Sonntag, von 5 und 8 Uhr an: Beichtgelegenheit.

Sonntag, den 29. Juli 1923
Frei von 6 Uhr an: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 9.30 Uhr: Heiliges Hochamt mit Predigt; 8 Uhr: Andacht.

Nandorf. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Söbzig. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Schafstädt. 9 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Neu-Nützen. 8 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Kirche; 10.30 Uhr: Feil. Messe mit Predigt in der Schule.

Von jungem Mann wird für sofort ein **möbl. Zimmer od. Schlafstelle** geg. gute Bezahlg. zu mieten gesucht! Off. unter M. 100 an die Exp. dies. Zig.

möbl. Zimmer od. Schlafstelle geg. gute Bezahlg. zu mieten gesucht! Off. unter M. 100 an die Exp. dies. Zig.

möbl. Zimmer od. Schlafstelle geg. gute Bezahlg. zu mieten gesucht! Off. unter M. 100 an die Exp. dies. Zig.

möbl. Zimmer od. Schlafstelle geg. gute Bezahlg. zu mieten gesucht! Off. unter M. 100 an die Exp. dies. Zig.

Der Plan über die Herstellung von unterirdischen Telegraphenlinien von Leipzig nach Großgörschen und von Jäandorf nach Großgörschen liegt von heute ab 4 Wochen bei dem Postamt in Dürrenberg aus. Halle (Saale), 20. Juli 23. Telegraphen-Bureau.

Der Plan über die Herstellung einer unterirdischen Telegraphenlinie von Epergau nach Bahnhof Corbeitha liegt von heute ab 4 Wochen bei dem Postamt in Corbeitha aus. Halle (Saale), 20. Juli 23. Telegraphen-Bureau.

Guten Verdienst erziel. Wiederverkäufer mit preisw. Schürzen, Unterlassen u. Tischtüchern. Erfinder: Parkapital 3-5 Mill. Off. Schillingstr. 22 Dresden 21. Rückf. erb.

1/2-1 Morgen Acker od. Garten mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Offert. im Preisangebot unt. 473/23 an die Exped. d. Bl.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Restaurant (nicht an die Brauerei gebnd.) zu pachten gesucht. Offerten unt. P. R. 27 an die Exped. d. Bl. erbeten.

10-15 Millionen auf 1/2 Jahr gegen Sicherheit und Zinsen von best. bestehendem Lebensmittelsehäft zu leihen gesucht. Offerten erbeten unter 473/23 an die Exped. ds. Bl.

MAURER stellt sofort ein Baugeschäft Julius Burkhardt in Steingrimma bei Hohenmölsen.

MAURER stellt sofort ein Baugeschäft Julius Burkhardt in Steingrimma bei Hohenmölsen.

MAURER stellt sofort ein Baugeschäft Julius Burkhardt in Steingrimma bei Hohenmölsen.

MAURER stellt sofort ein Baugeschäft Julius Burkhardt in Steingrimma bei Hohenmölsen.

MAURER stellt sofort ein Baugeschäft Julius Burkhardt in Steingrimma bei Hohenmölsen.

MAURER stellt sofort ein Baugeschäft Julius Burkhardt in Steingrimma bei Hohenmölsen.

MAURER stellt sofort ein Baugeschäft Julius Burkhardt in Steingrimma bei Hohenmölsen.

GOLD Silber-Platin-Bruch, Zahngebisse, Brillanten
kauft luxussteuerfrei
HOLLAND, Halle, Schülershof 10.

Sie sparen Geld Fahrradgummi
Lassen Sie sich gratis Preisliste senden.
Emil Levy, Silbesheim.

A. D. A. C. Kraftfahrklub
Merseburg und Umgebung.

Die für Sonntag festgelegte **Ausfahrt nach Schkeuditz** wird verlegt!

Näheres wird noch bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliert. Zimmer mit jungem Mann (Provisionist), per sofort gesucht. Off. unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Beilage zu Nr. 174 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 27. Juli 1923

Die Zeichen mehrern sich!

Verlondend verländet die „Rote Fahne“, daß die Opposition im freien gewerkschaftlichen Metallarbeiterverband bei den Wahlen des Verbandes zu der bevorstehenden Generalversammlung in Cassel einen großen Wahlsieg in verschiedenen Bezirken errungen hat. So hat in Berlin die Liste A (K. S. P. D.) 21 715, die Liste B (Opposition — K. S. P. D.) 53 943 Stimmen erhalten. Ebenso können die Kommunisten in Köln, Remscheid, Gelsenkirchen und anderen Orten einen Wahlsieg verzeichnen.

Nur wenige, die von dieser Nachricht Kenntnis erhalten, werden sie in ihrer vollen Tragweite zu erfassen vermögen. Denn das deutsche Gewerkschaftswesen ist den meisten ein Buch mit sieben Siegeln, von dem wenig mehr, als seine nackte Existenz bekannt ist. Es ist von der breiten Öffentlichkeit gar nicht erkannt worden, daß die Kommunisten bereits etwa seit Jahresfrist den Plan haben, sich der Organisationsleistungen der freien, d. h. sozialistischen Gewerkschaften zu bemächtigen, um diese großen Verbände mit ihrem bis ins kleinste verzweigten Apparat, mit ihrer Presse, ihrem Nachrichtendienst und ihren Verbandsbüros in ihre Gewalt zu bekommen. Gelingt den Kommunisten dieses Vorhaben, dann haben sie sich auch in alle öffentlich-rechtlichen Stellen des Arbeitsrechts (Schlichtungswesen usw.) hineingebracht, dann haben sie also über die deutsche Arbeitnehmerenschaft dieselbe Macht gewonnen, wie sie eine nachrevolutionäre Sozialpolitik in geradezu ungläubiger Kürzsichtigkeit den Gewerkschaften gegeben hat.

Bereits liegen Nachrichten vor, daß in Frankfurt von K. S. P. D. und K. P. D. „gemeinsame“ Demonstrationen veranstaltet wurden, bei denen alles Mögliche vor sich gegangen sein soll. Auch das ist ein Zeichen dafür, daß die Macht der Kommunisten wächst. Denn in Frankfurt a. M. konnten bislang die Kommunisten nicht übermäßig stark Fuß fassen. Wenn heute dort die K. S. P. D. demonstriert, so bedeutet das nichts anderes, als daß sich die Regierung Frankfurt der K. S. P. D. glatt den kommunistischen Wählern unterworfen hat, aus Furcht, sonst allen Anhang unter der sozialistischen Arbeiterschaft zu verlieren.

Man geht nicht fehl, wenn man der Tatsache Ausdruck verleiht, daß der Wählergesinnung, wie wir ihn in diesen Tagen erleben, und die hiermit nie geahnte Steigerung der wirtschaftlichen Not die Hauptursachen sind an der Mobilisierung breiter Arbeitermassen, an den Erfolgen der Kommunisten. Wenn nunmehr durch die Presse die Nachricht geht, daß angeführt der Berücksichtigung der Wirtschaftslage die Reichsregierung Verhandlungen mit den zuständigen Behörden über eine Erleichterung der Lebenshaltung aufnehmen will, so muß einmal offen ausgesprochen werden, daß dieser Weg, die Katastrophenentwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse zu bannen, nicht zum

Ziele führen kann. Denn die uns zur Verfügung stehenden so geringen wirtschaftlichen Mittel reichen gar nicht aus, um etwas Erhebliches gegenüber dem Zerfall unserer Wirtschaft, zur Erleichterung der Lebenshaltung tun zu können. Derartige Maßnahmen vermögen höchstens die Entwicklung aufzuhalten, wenn wir es nicht verheben lernen, der Zunahme der eigenen Selbstzerfleischung im Inneren das gegenüber zu setzen, was allein zu helfen vermag.

Es muß deshalb gesagt werden, daß unsere gesamte Innenpolitik, sowohl unsere Wirtschafts- wie Sozialpolitik seit der Revolution nicht viel mehr als ein Vabozieren und Verdrängen darstellt. Uns fehlt vor allem auch sozialpolitisch die leuchtende Führung, das große Ziel, für das sich die breiten Volksmassen mit ihrem Berge einzusetzen vermögen. Die Kommunisten haben es verstanden und verstanden es, den Arbeitermassen vorzutäuschen, als ob sie dieses große Ziel ihr Eigen nennen und unter seinem Banner die Arbeiterschaft besseren Zeiten entgegen führen können.

Das leuchtende Ziel, was eben als das allein notwendige bezeichnet wurde, kann nichts anderes sein als die Einbringung der deutschen Bezeichnung. Eine starke, nationale Reichsregierung muß es fertig bringen, dieses Ziel den deutschen Volksmassen voranzustellen. Gelingt das, dann wird sich auch wirtschaftlich wie sozialpolitisch ganz von selbst die Notwendigkeit der Einstellung ergeben, dann wird es jedem begreiflich sein, daß wirtschaftlich die Sparpolitik und das äußerste Ausnutzen der uns verbliebenen Produktionsmittel und sozialpolitisch die arbeitsrechtliche Eingetrigkeit fähig sein müssen, um das große Volksziel, die deutsche Bezeichnung, zu erreichen. Wir sind arm an materielle Mitteln und Ideen. Die Führung der breiten Volksmassen nichts Begreifendes mehr zu bieten vermag. Solange das bleibt, werden die breiten Volksmassen fürherren zum Opfer fallen, wird das deutsche Volk selber verloren sein!

Politische Rundschau

Angriffe proletarischer Hundertkämpfer.

Sangerhausen, 26. Juli. Am Sonntag, dem 22. Juli, fand hier das diesjährige Gewerkschaftsfest statt, wobei die unternehmlichen, langmündigen Sonntagsgänge ihren gewöhnlichen „Ritt“ an harmlosen Spaziergängern auszulassen sich veranlaßt fühlten. Nachdem der Festzug unter Verantwortung von zahlreichen roten Fahnen, teils mit Sowjetkern, unter Abfragen der Internationale und häufigen Hochrufen auf die proletarischen Hundertkämpfer sowie „Nieder mit dem Jungdo und Stahlhelm“ die Straßen der Stadt pflaster hatte, durchzogen die Teilnehmer truppweise die Stadt. Von auswärts scheinbar eigens zu diesem Zwecke herangeholte

Kommunisten gefielen sich dabei in Anstößigkeiten von Spaziergängern. Ganz besonders aber hatten sie es auf die Angehörigen des Jungdoischen Ordens abgesehen, wobei sie freilich größtenteils wenig Glück hatten.

Wicht bezeichnend für die Denkart der Orden und freien Sonntagsgänger ist, daß sie eines des Weges kommenden jungen Konditorlehrling nachmittags gegen 4 Uhr in der Nähe der Jakobikirche überfielen und mißhandelten, weil er sich weigerte, ein schwarz-weiß-rotes Bändchen aus dem Knopfloch zu entfernen. Die etwa 15 Mann starke Bande bearbeitete den jungen Lehrling mit Anstößen derartig, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Das schwarz-weiß-rote Band jedoch blieb an seinem Rufe. Der junge Mann hatte sich darauf in das Ordenslokal des Jungdo geflüchtet, von wo er zum Arzt gebracht wurde. Die nun sich der Ordensbrüder bemächtigende Erregung ist nur verständlich angesichts jenes verbrecherischen Mordbetrugs. Jedoch ist von den Ordensangehörigen nicht eine einzige Ausschreitung vorgekommen. Sie blieben fest in der Hand ihrer Führer, die nun ihre Leute, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, um sich versammelt hatten.

In recht somnolente Richte erhob sich der Heldemut der kommunistischen und sozialistischen Anführer. Als nämlich von fest ab die Angehörigen des Jungdo in kleinen Trupps durch die Straßen gingen, verstanden auch die Streifenreiter recht schnell und der Abend verlief ruhig bis auf die Alarmübungen der Festteilnehmer im „Schützenhaus“. Dort ging es ganz kriegerisch zu. Rollen wurden aufgestellt, um die Jugend zum Schützenplatz zu bewegen und dann schritten die Reihen, die jeden an seinen Gefechtsplatz riefen. Eine wenig angenehme Festteilnahme für die weiblichen Festteilnehmer, die dann jedesmal in nicht geringe Aufregung gerieten. Der feste Jungdo sollte nämlich einen Sturm auf das „Schützenhaus“ (1) vorbereiten und für diesen Fall sollte sich natürlich jeder dieser Helden den besten Platz zum Ausstreifen sichern. Der Jungdo aber dachte gar nicht daran, sondern sah belustigt diesen Soldatenmanövern der „Kinder des Seeverings“ zu. Ans Unermessliche aber stieg der Mut der „Heldener von Mostaus Schwaben“, als sie sich furchtlos schickten hatten, daß sein Jungdo nicht mehr auf den Straßen war. Diese waren bei Eintritt der Volkshunde nach Hause gegangen. Lohnd und singend zogen sie zur Stadt hinein. Ein in der ersten Morgensunde auf einen Ordensangehörigen verurteilt Heberfall wurde durch Eingreifen der Schupo verhindert. So geschah in der „freien“ Republik der Welt.

Fest im Widerstand!

In der letzten Zeit verfolgt die französische Propaganda wieder in erhöhtem Maße die Zutrif, Nachrichten auszustreuen, als erlaube der deutsche Widerstand im Ruhrrevier. Davon kann keine Rede sein. Es wird im Gegenteil von beiderseitiger Seite berichtet, daß der passiv Widerstand der Bevölkerung eher

mit jedem Tag härter werde, als daß er abnehme. Auch die Behauptung des Herrn Troquer, daß die Regierunge sich steigender Beliebtheit bei

der Bevölkerung erkreuten, ist unabh. Durch die Strafenbahnperre ist besonders im Gebiet von Essen und Dortmund eine Verkehrsnot eingetreten, und so ist es möglich, daß vorübergehend vornehmlich von Lebensmittellieferanten auch Lüge der französischen Regie in etwas erhöhtem Maße benutzt wurden. Von einer auch nur normalen Bewegung der Lüge kann aber keineswegs die Rede sein. Was versucht Uneinigheit in die geschlossene Front durch die Behauptung hineinzufragen, daß ein Schaden mit Kruppaktien im Gange sei, von denen ein großer Teil von englischen und französischen Interessenten übernommen wurde. Diese Behauptung ist glatt erlogen.

Die heftigste Lüge von der amtlichen französischen Agentur in die Welt geschickt wird, zeigt der Umstand, daß die Zahl der in den in Frage stehenden Werken beschäftigten Arbeiter um das Sechsfache zu hoch angegeben wird. Auch über die Belieferung Italiens mit Reparationsstoffe verbreitet das französische Nachrichten. Die Belieferung wird fortgesetzt und hat noch in letzter Woche einen beträchtlichen Prozentfuß erreicht. Zwischen den italienischen und den französischen Behörden schweben Verhandlungen wegen der Freigabe einer militärisierten Strecke für die italienischen Kohlenzüge, deren Ergebnis abzuwarten ist. In den Berliner Regierungskreisen ist man der Auffassung, daß trotz der katastrophalen Entwertung der Marktwährung das deutsche Volk den Mut nicht verlieren darf, daß gerade jetzt alles darauf ankomme, die Nerven zu behalten. Man verkennt nicht, daß die innere Spannung aufs Höchste gestiegen ist, und daß die Vorgänge in Breslau und Frankfurt a. M. ernste Warnungszeichen sind. Die Regierung ist aber fest entschlossen, die Staatsautorität unter allen Umständen zu wahren, und rechnet bei den Unterfertigung der staatsbewussten Bevölkerung. Da die Grenze vor der Tür steht, die eine recht gute zu werden verdirbt, vielleicht nötig werdenden Maßnahmen auf die tatkräftigste darf vielleicht mit einer schon in kurzem einsetzenden Entspannung gerechnet werden.

Zur Nacht Ehrhardts.

Der „Tag“ behauptet in seinem heutigen Leitartikel die Erklärung des Reichsjustizministeriums über die äußeren Umstände bei der Nacht Ehrhardts. Der „Tag“ schreibt unter anderem: Ob Präsident Ehrhardts bei der Zulassung des letzten Privatgesprächs mit Ehrhardt in der Untersuchung alle nötige Sorgfalt hat walten lassen, kann der Unbefangene überhaupt nicht feststellen. Da der verantwortliche Richter seine Meinung in überzeugender Form als gegenstandslos dargestellt hat, so ist jede Kritik daran unfruchtbar. Bei der Verprechung der Nacht in den drei Tagen ist behauptet worden, daß die juristischen Momente des Falls gar nicht flüchtig genommen worden und insbesondere insoweit als die Nacht weit am Ziele vorbei, indem sie ihren Weg über Fragen in heftiger demagogischer Weise bei der falschen Instanz vorbringt. Bei den großen und ersten öffentlichen Fragen, die das deutsche Volk bewegen, kommt diesem ganzen Streit nur eine sehr viel bedeutendere Bedeutung bei, als die Sozialdemokraten und auch die Demokraten ihr Publikum glauben machen wollen. Man könnte sogar eine Satire darüber schreiben, daß diejenige Partei, die gegen die nationalen Gruppen den Staatsgerichtshof geschaffen haben, jetzt die leitenden Organe des Staatsgerichtshofes anstreben, weil ihnen infolge der Nacht Ehrhardts eine angebliche Vagationsmöglichkeit durch die Kappen gegangen ist. Der „Vorwärts“ meint: So

weit bei einzelnen Beamten des Untersuchungsgefängnisses die Aufmerksamkeit verlagert hat, wird man sie wahrscheinlich zur Verantwortung ziehen. Aber man wird dabei hoffentlich nicht außer Acht lassen, daß die ungewöhnliche Toleranz, die der Präsident des Staatsgerichtshofes an den Tag setzt, auf die Aufmerksamkeit der unteren Beamten gewissermaßen einschläfernd wirken mußte.

Zeitungsverbilligung für bayerische Zeitungen.

Das bayerische Handelsministerium wird mit Wirkung vom 1. April ab aus der insgesamt 33prozentigen Verbilligung des Verkaufspreises zugunsten der Postkasse der bayerischen Presse 1 Prozent an die Unterfertigungskasse des Landesverbandes der bayerischen Presse abführen. Damit wird zum ersten Male von staatlicher Seite ein kräftiger Schritt unternommen, um auch die notleidenden geistigen Mitarbeiter der Presse zu unterstützen.

Verzögerung des Dehne-Prozesses.

Der seit Monaten erwartete Prozeß gegen den Journalisten Walter Dehne, der beschuldigt ist, Nachrichten, die das Interesse des Reiches schädigen, an ausländische oder deutsche Zeitungen weitergegeben zu haben, ist nun abermals erheblich verzögert worden. Dehne ist am 13. März dieses Jahres verhaftet worden, nachdem er dem Untersuchungsrichter beim Reichsgericht das gesamte ihm abgelieferte Material zur Verfügung gestellt hatte. Das Reichsgericht forderte dann, da der Prozeß von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte deutsche Presse ist, vom Reichsministerium des Innern, vom Auswärtigen Amt und anderen Behörden Gutachten über den Fall ein, die in relativ kurzer Zeit zur Stelle waren. Jetzt hat nun der zehnjährige Staatspräsident den Beginn des Prozesses auf den 1. Oktober dieses Jahres festgelegt. Wegen dieser Verzögerung des Verfahrens hat der Vereidigte Dehnes, Reichstagsabgeordneter Paul Leub, Beschwerde eingelegt. Dehne selbst hat dem Reichsamt mitgeteilt, daß er in den Hungerstreik eintreten werde, falls bis zum 31. Juli der Prozeß nicht eröffnet sein sollte!

Lloyd George gegen Poincaré.

London, 26. Juli. Gestern ergriff Lloyd George in Bristol wieder die Gelegenheit, die gegen ihn von Poincaré in dessen Rede in Billers Gortet geführten Angriffe zurückzuweisen. Er sagte, der Inhalt Europas müsse jedes ansehnliche Herz mit Bewunderung und Hoffnungslosigkeit erfüllen. Herr Poincaré müsse daher nicht mehr die Sonntage zu seinen Lieben wählen, denn der Sonntag sei sicher nicht der geeignete Tag, um mit geputzten Zylinder einen sorgfältig aufgezogenen Hahn und Horn zum Ausdruck zu bringen, der zwischen den Nationen nur Wehtrauen und Verzerrung läßt. In seiner letzten Rede habe Poincaré sich auch mit seinen — Lloyd Georges Befehlungen im Unterhause beschäftigt. In dieser Erklärung habe er mit einer amtlichen Statistik nachgewiesen, daß Frankreich Millionen für den Bau neuer Kanäle und Häfen und zum Umbau alter ausgegeben habe, und habe damit gewisse Vergleiche mit den Zuständen in Deutschland gezogen. Poincaré habe daran die Bemerkung geknüpft, er — Lloyd George — unterstelle ihm Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem des Wiederbaues der zerstörten französischen Gebiete. Das sei eine sehr vorzügliche Unterstellung ge-

wesen und er bedaure, daß diese Rede Poincarés statt des Bruch zwischen den Nationen zu heilen zu suchen, diesen nur noch erweitert habe.

Die Finanzlage Englands.

London, 26. Juli. Vor einer Versammlung von Vertretern der Banken und des Handels hielt Ministerpräsident Balfour eine Rede über die englischen Schulden und die Finanzlage. Seit dem ersten Friedensjahre seien die Gesamtansgaben von 2000 Millionen auf etwas über 880 Millionen Fund Sterling zurückgegangen. Das Personal der Regierungsbürokratie sei so vermindert worden, daß es nur noch um 10 Prozent mehr betrage als vor dem Kriege. England habe im Laufe von drei Jahren keine Schulden um 450 Millionen Fund Sterling vermindert, wobei berücksichtigt werden müsse, daß die Hälfte des Staatseinkommens zur Schuldenbedeckung verwendet werde. Seit dem Waffenstillstand habe England seine schwebende Schuld um die Hälfte vermindert, die bei Kriegsende 1500 Millionen Fund betragen habe. England habe alle auswärtigen Schulden mit Ausnahme der an die Vereinigten Staaten abgetragen. England habe das Budget wieder ins Gleichgewicht gebracht. Alle diese Dinge hätten dazu beigetragen, daß der Kredit der City und der Regierung unvermindert aufrechterhalten blieben. Aber noch mehr sei notwendig, Kredit allein könne den Weltmarkt nicht wiederherstellen. England leide vor allem an den durch den Weltkrieg verursachten Schädigungen; die erst behoben werden müßten. Die finanzielle Wiederherstellung Chinas sei möglich gewesen, sie müsse also auch möglich sein für jedes andere Land, wenn nur der gute Wille vorhanden sei. Es gebe keine größere Schwierigkeit als die Lösung des Reparationsproblems, und der Wunsch, daß es bald gelöst werde, müsse auch in Kreisen des englischen Handels immer lebendiger werden. Die englische Regierung habe jedoch erst den Verbündeten ein Angebot gemacht, das ihrer Meinung nach den ersten geeigneten Schritt zu einer Lösung darstelle, und es habe die Hoffnung, daß dieser Schritt zuletzt doch noch von Erfolg gekrönt sein werde. Was an ihm selbst liege, werde es tun, um nach besten Kräften eine Lösung des Problems zu ermöglichen.

Aus Provinz und Reich

Erregung auf dem Berliner Lebensmittelmarkt.

Berlin, 26. Juli. In der Markthalle in der Lindenstraße ist es am gestrigen Morgen zu erregten Szenen gekommen. In der Halle hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Händler das Pfund Kartoffeln nicht unter 9000 Mark abgeben würden. Darauf bemächtigte sich der erbitterten Hausfrauen eine große Erregung, die sich denn auch in harter Weise Luft machte. Die Markthallendeputation rief zur Sicherheit Schutzpolizei hinzu und beruhigte die Frauen durch die Erklärung, daß die Kartoffeln „nur“ 6000 Mark kosten würden. Auf diese Mitteilung hin legte sich die Erregung etwas. Zu ersten Zusammenstößen ist es glücklicherweise nicht gekommen.